

Vortrag an den Ministerrat

betreffend den ECOFIN-Rat am 21. Jänner 2020 in Brüssel

Beim ersten ECOFIN-Rat unter kroatischer Präsidentschaft hat der Vorsitzende das Arbeitsprogramm für die kommenden sechs Monate präsentiert. Die weiteren Themen betrafen den European Green Deal sowie die Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Ferner wurden als Auftakt zum Europäischen Semester 2020 die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum, der Frühwarnbericht über mögliche makroökonomische Ungleichgewichte sowie die Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik an die Eurozone von der EK präsentiert.

Die Themen der Euro-Gruppe betrafen (ebenfalls) die Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik sowie darüber hinaus den aktualisierten Haushaltsplan Portugals, der im Zuge des Amtsantritts der neuen Regierung angepasst wurde, und die Artikel IV Konsultation des IWF. Zu Portugal hat die Euro-Gruppe die Einschätzung der EK geteilt, wonach Risiken im Hinblick auf die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bestehen und dazu aufgefordert entsprechende zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Im Rahmen der Artikel IV Konsultation hat der IWF seine Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage präsentiert und u.a. betont, dass die Abwärtsrisiken (resultierend aus dem Brexit sowie den handelspolitischen Spannungen) seit dem letzten Bericht im vergangenen Sommer zurückgegangen sind, die niedrigen Wachstumsprognosen aber weitere Anstrengungen bei der Beseitigung struktureller Schwächen erfordern. Schließlich haben die Finanzministerinnen von Finnland und Spanien sowie ich die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunktsetzungen unserer Regierungen präsentiert.

Im Anschluss an die Euro-Gruppe haben sich die Finanzminister/innen erneut im inklusiven Format (EG+) getroffen und die weitere Vorgangsweise im Zusammenhang mit den Ergebnissen des letzten Euro-Gipfels erörtert.

Ich habe die Tagung des ECOFIN-Rates außerdem zu bilateralen Gesprächen genutzt, darunter mit dem Finanzminister von Deutschland, Vizekanzler Olaf Scholz, und mit Kommissar Johannes Hahn.

Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der Eurozone

Die EK hat der Euro-Gruppe ihren Vorschlag für die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik in der Eurozone vorgestellt. Darin rechnet sie für heuer sowie das kommende Jahr mit einem insgesamt weitgehend neutralen bis leicht expansiven Fiskalkurs, weist aber auch darauf hin, dass die Mitgliedstaaten vorhandene (bzw. nicht vorhandene) fiskalische Spielräume nur unzureichend berücksichtigen würden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt sie den Mitgliedstaaten mit einer hohen öffentlichen Verschuldung, diese auf einen nachhaltigen Pfad zurückzuführen. Gleichzeitig sollen Mitgliedstaaten mit einer guten fiskalischen Ausgangslage Investitionen fördern. Im Falle einer Verschlechterung der Konjunktur soll im Aggregat ein expansiver Fiskalpfad im Einklang mit dem SWP (Berücksichtigung länderspezifischer Umstände; Vermeidung prozyklischer Maßnahmen) eingeschlagen werden.

Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzungleichgewichten werden von der EK aufgefordert, Reformen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen, Mitgliedstaaten mit Überschüssen sollen die Bedingungen für das Lohnwachstum verbessern sowie private und öffentliche Investitionen fördern. Ferner werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, nachhaltiges Wachstum zu fördern sowie den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten. Schließlich wird in der Empfehlung zur Vollendung der Bankenunion sowie zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion aufgerufen.

Präsentation des Arbeitsprogrammes der kroatischen Präsidentschaft

Vorrangiges Ziel der kroatischen Präsidentschaft ist die Förderung von Reformprozessen und Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere durch die weitere Vertiefung des Binnenmarktes sowie die Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Rolle der EU auf internationaler Ebene. Im Hinblick auf die weitere Vertiefung der WWU sollen die Arbeiten am Budgetinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) sowie am Konvergenz- und Reform-Instrument (CRI) fortgeführt und eine Einigung erzielt werden.

Im Hinblick auf die Vollendung der Bankenunion werden weiterhin Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz und der Stabilität des Bankensystems im Vordergrund stehen; die Diskussionen über die Europäische Einlagensicherung (EDIS) sowie die Arbeiten an der Verringerung/ Beseitigung der NPL-Problematik sollen fortgeführt werden. Ferner will die Präsidentschaft die Verhandlungen über die noch verbleibenden Legislativvorschläge zur

Schaffung einer Kapitalmarktunion abschließen sowie die Ausarbeitung der Schwerpunkte für den neuen Aktionsplan unterstützen.

Im Steuerbereich soll v.a. der Besteuerung der digitalen Wirtschaft, der Verhinderung von aggressiver Steuerplanung sowie der Bekämpfung des Klimawandels durch Steuern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Bereich der indirekten Steuern möchte die Präsidentschaft Fortschritte bei den EK-Vorschlägen zur Modernisierung der Mehrwertsteuer erzielen.

In Zusammenhang mit dem künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen, der seit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs im vergangenen Dezember von PER Charles Michel koordiniert wird, will sich der kroatische Vorsitz vor allem auf die damit verbundenen Verhandlungen zur zukünftigen Finanzierung (Stichwort: Eigenmittelabschluss) sowie auf die Betrugsbekämpfung konzentrieren.

European Green Deal

Dazu hat die EK die für den ECOFIN-Rat relevanten Aspekte der am 11. Dezember 2019 vorgelegten Mitteilung präsentiert. Mit dem Green Deal soll die Basis für eine neue Wachstumsstrategie sowie für den Übergang auf eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 geschaffen werden. Im Hinblick auf die Umsetzung der Strategie hat die EK eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen angekündigt, die in die Zuständigkeit oder Mitzuständigkeit des ECOFIN-Rates fallen, darunter die Überarbeitung der Strategie zur nachhaltigen Finanzierung sowie der Energiesteuerrichtlinie oder auch die Einführung eines Grenzausgleichsmechanismus für ausgewählte Sektoren (Stichwort: „Border Adjustment Tax“). Darüber hinaus hat die EK den am 14. Jänner vorgelegten Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa („Sustainable Europe Investment Plan“) vorgestellt, durch den bis 2030 nachhaltige Investitionen in Höhe von mindestens 1.000 Mrd. Euro mobilisiert werden sollen. Im Rahmen eines ausführlichen Meinungsaustausches haben die Finanzminister/innen den Green Deal grundsätzlich begrüßt und neben den Vorteilen und Chancen auch Risiken für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft aufgezeigt.

Europäisches Semester 2020

Unter diesem TOP hat die EK die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum, den Frühwarnbericht über makroökonomische Ungleichgewichte sowie die (bereits in der Euro-Gruppe vorgestellte) Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der Eurozone präsentiert. Als wesentliche Schwerpunkte für 2020 nennt die EK ökologische

Nachhaltigkeit, Produktivitätssteigerung, Gerechtigkeit sowie makroökonomische Stabilität, an denen sich die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Strukturreformen sowie der Förderung von Investitionen orientieren sollen.

Im Rahmen des Frühwarnberichts hat die EK bei 13 Mitgliedstaaten Risiken für das Vorliegen makroökonomischer Ungleichgewichte identifiziert, zu denen nun Tiefenanalysen vorgenommen werden.

Die Finanzminister/innen werden bei der Tagung im Februar zu den beiden Berichten Schlussfolgerungen verabschieden und die Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik annehmen. Im Anschluss werden die Dokumente an die Staats- und Regierungschefs für den Meinungsaustausch anlässlich des Frühjahrsgipfels weitergeleitet.

Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Abschließend hat sich der ECOFIN-Rat, in Vorbereitung auf das Treffen des Inclusive Framework der OECD Ende Jänner, mit den steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung befasst. Dabei haben die Finanzminister/innen Bilanz über die Fortschritte gezogen, die bisher im Rahmen der Arbeiten in der OECD sowohl in Bezug auf die Besteuerung von Gewinnen digitalisierter Unternehmen („Säule 1“) als auch in Bezug auf eine allgemeine Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung („Säule 2“) erzielt worden sind. Der Meinungsaustausch im ECOFIN-Rat hat (einmal mehr) gezeigt, dass die meisten Mitgliedstaaten das Ziel einer globalen Lösung im Rahmen der Zwei-Säulen Strategie unterstützen. Allerdings wurde betont, dass der OECD nur wenig Zeit bleibt, um bis Ende 2020 zu einem globalen Konsens zu gelangen. Vor diesem Hintergrund haben mehrere Mitgliedstaaten gefordert, die derzeitige Diskussionsdynamik zur Erzielung weiterer Verhandlungsfortschritte zu nutzen.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. Februar 2020

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister